

Oesterreichischer Reichsrat.

Wien, 19. Februar.

Die heutige Sitzung des Abgeordnetenhauses war mit der Erklärung ausgefüllt, die Ministerpräsident Dr. v. Seidler nach Rücksprache mit dem Minister des Äußeren Grafen Czernin über den Friedensvertrag mit der Ukraine und über die Ereignisse der äußeren Politik in den jüngsten Tagen abgegeben hat. Der Erklärung des Ministerpräsidenten wurde mit großem Interesse entgegengelesen. Die Abgeordneten waren sehr zahlreich erschienen, die Reihen waren bis auf das letzte Plätzchen besetzt. In der Verhandlungstage sah man den Vizepräsidenten Fürstenberg und die Herrenhausmitglieder Freider v. Engel, Graf Baden, Dr. Ruz, Freijer v. Siller, Graf Wodzicki, Herzog v. Beauport, Graf Sedlnitzky, Ritter v. Szendrzejewicz und v. Zimmermann. Auf der Ministerbank blieben die Plätze der Minister Ritter v. Gmilkinsti und Ritter v. Twardowski leer. Auch Minister Generalmajor v. Höfer war nicht erschienen.

Schon während der Berlesung des Einlaufes kam es zu einer Demonstration der Polen, Tschechen und Südslawen. Als der Präsident die Antwort des Kaisers auf das anlässlich des Friedensschlusses mit der Ukraine abgeschickte Glückwunschtelegramm verlas, verließen die Polen, mit Dr. Stomhinski an der Spitze, den Sitzungssaal. Ihnen folgten die Tschechen und Südslawen, während die Ukrainer und die deutschen Parteien die Berlesung mit vielem Beifall aufnahmen. Die Abgeordneten hatten sich schon am Beginn der Sitzung dicht um die Ministerbank gruppiert. Als der Ministerpräsident das Wort ergriß, standen ihm zunächst die Abgeordneten Soukup, Prolesch und Dr. Konstantinewicki. Neben diesen stellten sich dann die Ordner Albrecht und Teufel auf. Inzwischen waren die polnischen, tschechischen und südslawischen Abgeordneten wieder in den Saal gekommen. Schon nach den ersten Worten des Ministerpräsidenten entstand auf der rechten Seite des Hauses Unruhe, die sich immer mehr steigerte und zu lärmenden Zwischenrufen führte, als der Ministerpräsident auf die Einzelheiten des ukrainischen Friedensvertrages und die gestern mit dem Vertreter der Rada vereinbarte Ergänzung zu sprechen kam. Von tschechischer Seite wurde in lärmenden Zwischenrufen gegen die Ausführungen des Ministerpräsidenten Stellung genommen. Insbesondere die Abgeordneten Prolesch, Soukup und Zahradnik machten wiederholt Zwischenrufe. Der Lärm steigerte sich stellenweise dazwischen, daß der Ministerpräsident auch den zunächst stehenden Abgeordneten nicht verständlich war und mehrmals seine Rede unterbrechen mußte. Präsident Dr. Groß versuchte vergeblich Ruhe zu schaffen. Auf deutscher Seite wurden die Ausführungen des Ministerpräsidenten mit lautem Händeklatschen und Bravourrufen aufgenommen und auch die Ukrainer beteiligten sich sehr lebhaft an den Beifallskundgebungen. Der Lärm erreichte den Höhepunkt, als Abgeordneter Soukup, der sich besonders erregt gebärdete, mit den Häufeln auf das vor der Ministerbank befindliche stenographische Loschlag und von den Ordnern Albrecht und Teufel abgedrängt werden mußte. Als der Ministerpräsident geschlossen hatte, erhob sich auf deutscher Seite minutenlanges Applaus, in welchem die Protestrufe der Gegenseite erstickt wurden. Der Ministerpräsident wurde von den deutschen und ukrainischen Abgeordneten herzlich beglückwünscht. Nach der Rede des Ministerpräsidenten schloß der Präsident die Sitzung und teilte mit, daß er als ersten Punkt auf die Tagesordnung der morgigen Sitzung die erste Lesung des Budgetprovisoriums stelle.

Abgeordnetenhauses.

(61. Sitzung.)

Präsident Dr. Groß eröffnet die Sitzung um 11 Uhr.

Der Dank des Kaisers an das Haus.

Präsident teilt mit, daß Se. Majestät die aus Anlaß der Beendigung des Krieges an der Ostfront namens des Hauses unterbreiteten Glückwünsche mit folgender Depeche beantwortet habe:

„Ich habe die Mir vom Abgeordnetenhause des Reichsrates entlich der Beendigung des Krieges an der Ostfront dargebrachten Glückwünsche mit lebhafter Begrüßung entgegen genommen und sage dem Abgeordnetenhause für die patriotische Kundgebung meinen herzlichsten Dank. Karl.“ (Lebhafter Beifall und Händeklatschen.)

Angelobung.

Der für den Abgeordneten des 61. galizischen Wahlbezirk Dr. Ladislaus R. v. Czajkowski als Erbkammerratsangehöriger Abgeordneter v. Wodzicki leistet die Angelobung.

Die Ablehnung der Demission des Kabinetts.

In einer Zuschrift des Ministerpräsidenten wird davon Mitteilung gemacht, daß der Kaiser die ihm unterbreitete Bitte um Genehmigung der Demission des Gesamtkabinetts nicht zu willfahren geruht hat.

Ergänzung des Kongrugesetzes.

Der Minister für Kultus und Unterricht übermittelt einen Gesetzentwurf, womit ergänzende Bestimmungen hinsichtlich der Bezüge und der Pensionenbehandlung des Lehrpersonals an den römisch-katholischen und griechisch-katholischen theologischen Hochschulen und Zentrallehranstalten und an der griechisch-orientalischen Lehranstalt in Zara getroffen werden.

Die Anfragen wegen der Friedensverhandlungen.

Es gelangen Anfragen der Abgeordneten Adler, Doktor Korofschke und Genossen, Habermann und Genossen, betreffend die Friedensverhandlungen mit Rußland und den Frieden mit der Ukraine, zur Berlesung.

Das Budgetprovisorium.

Der Finanzminister Freijer v. Zimmer bringt das Budgetprovisorium für die Zeit vom 1. März bis 30. Juni 1918 ein.

Erklärung des Ministerpräsidenten Dr. Ritter v. Seidler.

Hohes Haus! Im Hinblick auf den Umstand, daß die zur Erledigung des odenlichen Budgets erforderliche Zeit nicht mehr zur Verfügung steht, hat sich die Regierung entschlossen, ein Budgetprovisorium für die Zeit vom 1. März bis 30. Juni anzubringen. Demgemäß wird sie in Uebereinstimmung mit dem Inhalt des Voranschlags die Bitte um die Ermächtigung zur Aufnahme neuer Anlehen im Betrage von sechs Milliarden Kronen. Die Vorlage ist heute, wie der verehrte Herr Präsident mitgeteilt hat, eingebracht

worden, und ich erlaube mir, sie schon jetzt dem Wohlwollen des hohen Hauses zu empfehlen. Im Laufe der Debatte werde ich gewiß Gelegenheit finden, mich über die innerpolitische Lage zu äußern. Heute aber, meine sehr geehrten Herren, schwebe Ihnen allen eine andere Frage auf den Lippen und ich möchte mir daher erlauben, nach Rücksprache mit dem Herrn Minister des Äußeren bezüglich der nordöstlichen Verhältnisse folgende Erklärungen abzugeben:

Hohes Haus! Bei dem Friedensschlusse mit der Ukraine sind zwei Momente von ganz besonderer Bedeutung:

Vor allem ist darauf hinzuweisen, daß laut Artikel IX des Friedensvertrages sämtliche Bestimmungen desselben ein unteilbares Ganzes bilden. Was in diesem Vertrag der eine Teil an Zugeständnissen gemacht hat, hängt somit davon ab, daß auch der andere Teil seine Verpflichtungen erfüllt. Die Verpflichtung, welche die ukrainische Volksrepublik übernommen hat, besteht nun vor allem darin, daß sie uns ihre Ueberflüsse an landwirtschaftlichen Produkten zur Verfügung stellt. (Beifall.) Wir erwarten von dieser Bestimmung des Friedensvertrages eine Erleichterung der Lebensverhältnisse in der Monarchie durch Vorsehung von Getreide und anderen Lebensmitteln aus der Ukraine. (Zwischenrufe.) Es steht außer Zweifel, daß die in der Ukraine lagernden Getreidevorräte unvergleichlich größer sind als das Quantum, welches wir momentan transportieren könnten. Im Sinne des Friedensvertrages ist die Ukraine verpflichtet, uns und unseren Bundesgenossen diese Ueberflüsse zur Verfügung zu stellen. (Zwischenrufe.) Die Frage, ob und was wir an Getreide von der Ukraine erhalten, ist somit lediglich eine Frage der Erfassung des Getreides und des Transportes. Alle diesbezüglichen Vereinbarungen sind bereits getroffen, und es ist die Hoffnung vorhanden, daß die Lieferungen uns noch im gegenwärtigen Wirtschaftsjahre zugute kommen werden. Die ukrainische Republik hat ein wesentliches Interesse daran, uns die angeforderte Getreidemenge zu liefern, denn im entgegengesetzten Falle würden auch jene Teile des Bündnisvertrages, welche unsere Zugeständnisse an die Ukraine enthalten, hinfällig sein. Natürlich dürfen wir dabei nicht vergessen, daß ganz Rußland und auch die Ukraine von den Krämpfen des Bürgerkrieges geschüttelt wird und daß die Schwierigkeiten des Transportes unter diesen Verhältnissen ganz außerordentlich große sind. Nach den letzten dem Minister des Äußeren zugekommenen Nachrichten ist die Anarchie in ganz Rußland in stetiger Zunahme begriffen.

Abg. Dr. Soukup (tschechischer Sozialdemokrat): Deswegen wollen die deutschen Truppen nach der Ukraine marschieren. Wir protestieren dagegen! (Lebhafter Gegenruf. Fortgesetzte Zwischenrufe des Abg. Dr. Soukup.)

Präsident: Herr Abg. Dr. Soukup, Sie haben nicht das Wort. (Fortdauernde Zwischenrufe des Abg. Dr. Soukup.) Ich erlaube den Herrn Abg. Dr. Soukup, die Verhandlung nicht zu führen.

Ministerpräsident Dr. Ritter v. Seidler: Es herrscht ein Chaos, der Kampf aller gegen alle. Unser Ziel bei alledem kann und wird nur sein, alles Menschenmögliche zu machen, um unserer heldenmütigen Bevölkerung jene Zuschübe an Nahrungsmitteln zu verschaffen, die sie mit Recht verlangt und die sie sich durch lange Entbehrungen und standhaftes Durchhalten verdient hat. (Lebhafter Beifall und Händeklatschen.) Prophezeungen, ob und in welchem Maße dies gelingt, sind bei der zunehmenden Anarchie in Rußland unmöglich. (Zwischenrufe des Abg. Dr. Soukup.) Gelingt es nicht, dann werden auch die übrigen Bestimmungen des Vertrages hinfällig. Dann bleibt uns immer noch der eine Vorteil, den Kriegszustand mit der Ukraine wie mit der Petersburger Regierung beendet zu haben. (Beifall.)

Abg. Dr. Soukup: Das sagen Sie nach Berlin!

Präsident: Herr Abg. Dr. Soukup, führen Sie nicht immer die Verhandlungen!

Ministerpräsident Dr. Ritter v. Seidler: Der andere wichtige Punkt des Vertrages ist die Cholmer Klausel. (Hört! Hört! Zwischenrufe.) Von dem Vertreter der ukrainischen Rada und der k. u. k. Regierung wurde gestern eine ergänzende interpretierende Erklärung zum Friedensvertrage unterfertigt (Hört! Hört!), wonach das Cholmer Gouvernement nicht an die ukrainische Republik fällt, sondern über deren Los feinerzeit durch eine gemischte Kommission nach ethnographischen Grundfragen (lebhafter Zwischenruf bei den Polen) und nach Anhörung der Wünsche der Bevölkerung bestimmt werden soll. (Lebhafter Beifall. Zwischenrufe bei den Polen.)

Der diesbezügliche Passus lautet: „Zur Vermeidung von Mißverständnissen bei Auslegung des Punktes 2 des Artikels II des am 9. Februar 1918 in Breslau zwischen Deutschland, Oesterreich-Ungarn, Bulgarien und der Türkei einerseits und der ukrainischen Volksrepublik andererseits geschlossenen Friedensvertrages wird festgesetzt, daß die im zweiten Absatze dieses Vertragsbestimmung vorgesehene gemischte Kommission bei Festlegung der Grenze nicht gebunden ist (lebhafter Hört! Hört!), die Grenzlinie durch die Orte Bilgoraj, Szczepanow, Krasnostaw, Pugasow, Rabin, Meshiretschie, Sarnaki zu legen, sondern das Recht besitzt, auf Grund des Artikels II, Punkt 2, dieses Friedensvertrages die sich aus den ethnographischen Verhältnissen und den Wünschen der Bevölkerung ergebende Grenze auch östlich der Linie (lebhafter Hört! Hört!) Bilgoraj, Szczepanow, Krasnostaw, Pugasow, Rabin, Meshiretschie, Sarnaki zu führen. (Beifall. Zwischenrufe.)

Wie erwähnt, gemischte Kommission wird aus Vertretern der beteiligten Teile und aus Vertretern Polens gebildet werden, und wird jede dieser Parteien eine gleiche Anzahl von Delegierten in die Kommission entsenden. Die vertragsschließenden Teile werden einverständlich fest bestimmen, in welchem Zeitpunkte diese Kommission zusammentreten wird.

Eine andere Lösung der national ukrainischen Cholmer Frage war nicht möglich, ohne den Frieden zu verderben. (Zustimmung.) Rußland hat für seine Gebirge das bis zur völligen Vortrennung gehende Selbstbestimmungsrecht der Völker bestreitet (Zwischenrufe), wir haben diesen Standpunkt für die besetzten Gebiete angenommen, und alle Verhandlungen von Breslau wurden auf dieser Basis geführt. Wir haben das Selbstbestimmungsrecht der Völker von Bithunien, Aurland und Polen anerkannt (Zustimmung), und kein logischer oder moralischer Grund ist auffindbar, welcher den Ukrainern ein Recht nehmen soll, welches bei anderen Völkern Rußlands gewährt wurde. (Lebhafter Beifall und Händeklatschen.) Die Herren vom Polentub können nicht leugnen, daß ein großer Teil des Cholmer Gouvernements fast mit ukrainischer Bevölkerung durchsetzt ist (Beifall) und daß auch diese Nation das Recht hat, gehört zu werden. (Lebhafter Beifall und Händeklatschen.) Ich gehe weiter. Die erste Pflicht der k. u. k. Regierung war es, den Frieden zu errichten. (Lebhafter Beifall und Händeklatschen.)

Fortgesetzte Zwischenrufe des Abgeordneten Dr. Soukup. — Gegenrufe der Abgeordneten Albrecht und Teufel. — Lärm.)

Präsident: Herr Abgeordneter Dr. Soukup, führen Sie nicht die Verhandlung! (Fortdauernder Lärm.) Ich bitte die Herren Abgeordneten Dr. Soukup und Teufel, die Verhandlung nicht zu führen!

Ministerpräsident Dr. Ritter v. Seidler: Das, was in Breslau beschlossen wurde, ist ein Friede für das Volk (Lebhafter Beifall und Händeklatschen), und niemals hätten es die Väter des Reiches verstanden, wenn wir diesen Frieden zerschlagen, wenn wir die Möglichkeit, den Frieden zu erhalten, abgewiesen hätten (Lebhafter Beifall und Händeklatschen) und deshalb, damit das Gouvernement Cholm in ganzer Ausdehnung und bedingungslos an Polen falle. (Beifall. Zwischenrufe bei den Polen.) Die Regierung tritt vor diesem Hause, sie tritt vor die gesamte Öffentlichkeit mit der Frage, welches die Antwort gewesen wäre, wenn der Minister des Äußeren zurückgekommen wäre und erklärt hätte, er habe den Frieden zerschlagen und verdröben (Stürmischer, langanhaltender Beifall und Händeklatschen), weil er dem ukrainischen Teile der Bevölkerung des Cholmer Gouvernements nicht das Recht habe geben wollen, ebenso gehört zu werden wie der polnische. (Zwischenrufe.)

Auch der Herr Präsident der Vereinigten Staaten (Hört! Hört! Rufe) hat in seinem öffentlichen Schreiben mit uns den Satz geprägt, daß Völker und Provinzen nicht von einer Staatsoberrheit in die andere herumgeschoben werden sollten, als ob es sich lediglich um Gegenstände oder Steine in einer Spielhandele, daß also Veränderungen nicht ohne Zustimmung der Völker vorgenommen werden sollen. (Zwischenrufe.) Die Ukrainer haben das gleiche Recht, wie andere Völker mitzusprechen, wenn eine Veränderung ihrer staatlichen Zugehörigkeit vor sich geht. (Zustimmung.) Hören wir gehandelt, wie die Herren von Polen es heute tun: Ingen, so hätten wir nicht nur den ukrainischen Frieden zerschlagen, wir hätten auch die zarten Fäden zerrissen, die vielleicht zum allgemeinen Frieden führen können (Lebhafter Beifall und Händeklatschen), und die Stimmen, die sich zur Verteidigung einer solchen Regierung erhoben hätten, wären — wenn sich überhaupt welche erhoben hätten — verschwunden unter dem brandenden Ozean der Empörung aller österröchischen Völker. (Lebhafter, langanhaltender Beifall und Händeklatschen und Zwischenrufe bei den Polen.)

Angeht diese Erwägungen muß ich auch gewisse Anisuationen, die bezüglich der erörterten Frage über das Verhältnis zwischen Oesterreich-Ungarn und Deutschland laut geworden sind, mit allem Nachdruck ablehnen. (Lebhafter Beifall und Händeklatschen links.)

Nun zu Rußland. Die Petersburger Regierung steht mit Oesterreich-Ungarn, wie sie selbst erklärt hat, nicht mehr im Krieg und wird nach menschlicher Voraussicht der Kriegszustand nicht wieder ausleben. (Beifall und Zwischenrufe.) Den deutschen Niserven aus Ostland und Livland folgend, hat sich Deutschland entschlossen, weiter in das Innere zu marschieren (lebhafter Beifall links; Zwischenrufe), um jene unglücklichen Skonationalen, welche in diesen Provinzen leben, vor dem sicheren Verderben zu schützen. (Lebhafter Beifall und Händeklatschen links.) Wir sind im vollen Einvernehmen mit unseren treuen Bundesgenossen zu dem Schluß gelangt, uns an dieser militärischen Aktion nicht zu beteiligen. Unser Hauptbestreben bleibt nach wie vor, den zahlreichen österröchischen und ungarischen Staatsangehörigen, welche sich noch auf russischem Boden befinden, aber nach dem Worte der russischen Regierung nunmehr in Freiheit sind, rascheste Hilfe zu bringen. (Beifall.)

Die dänische Regierung, welcher wir nicht genügend für ihre anspornende Hilfe danken können, tut das Menschenmögliche. (Beifall.) Seit Rußland den Krieg für beendet erklärte, sind bereits über 20000 Kriegsgefangene an der Grenze eingetroffen. (Beifall.) Der Zustand hält an, und soweit es die menschlichen Verhältnisse erlauben, heimbeordert werden. Ich bitte das hohe Haus, diese Mitteilungen zur Kenntnis zu nehmen. (Stürmischer, langanhaltender Beifall und Händeklatschen. Heilrufe links. Der Ministerpräsident wird vielfach beglückwünscht.)

Präsident: Entsprechend dem Verlangen der Parteien werde ich die erste Lesung des Budgetprovisoriums auf die Tagesordnung der nächsten Sitzung stellen.

Nächste Sitzung morgen Mittwoch, 20. b., 11 Uhr vormittags.

Tagesordnung: 1. Erste Lesung des Budgetprovisoriums; 2. Fortsetzung der zweiten Lesung des Staatsvoranschlags.

Schluß der Sitzung 1/12 Uhr vormittags.